

Wahlprüfsteine an Parteien – Kernthemen der Sozialpolitik

auf die Fragen des SoVD

Die Wahlprüfsteine schickte der SoVD an alle Parteien, die voraussichtlich in den neuen Bundestag einziehen werden: CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, FDP und AfD. Anhand der Antworten der Parteien können Mitglieder und Interessierte sich ein Bild machen über Konzepte und Pläne.



Foto: Rainer Jensen/dpa
neue Abgeordnete in den Bundestag.

Seine eigenen Positionen zu den Themen machte der SoVD immer wieder sehr deutlich. So waren seine Kernforderungen an die Politik u. a. nachzulesen in der April-Ausgabe der Verbandszeitung (Seiten 6+7), des SoVD-Magazins und der SoVD-App. Die Mai-Ausgabe (Seite 7) stellte dann die auf Basis dieser Kernforderungen erarbeiteten Wahlprüfsteine vor. *ele*



Alle 16 Wahlprüfsteine mit den ausführlichen Antworten aller Parteien gibt es online im Wahlportal: auf www.sovd.de, Menü „Informieren“, dort unter „Themen“ und dann „Bundestagswahl“ – oder direkt: <https://sovde.de/index.php?id=2837>.



Grafik: stockWERK/fotolia

Absicherung im Alter

Der SoVD kämpft gegen Altersarmut und schlägt zur Sicherheit im Alter und bei Erwerbsminderung vielfältige Leistungsverbesserungen vor. Eine Frage aus den Wahlprüfsteinen lautete daher: „Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die gesetzliche Rente wieder maßgeblich den Lebensstandard im Alter durch eine sofortige Beendigung der Absenkung des Rentenniveaus und eine schrittweise Anhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent absichert?“

CDU/CSU [...] Wir bekräftigen die Rentenreform der Großen Koalition von 2007. Sie hat die Weichen für die Entwicklung des Renteneintrittsalters bis 67, des Rentenniveaus und der Rentenbeiträge bis zum Jahr 2030 umfassend und erfolgreich gestellt. [...] Derzeit liegt das Rentenniveau bei 48,2 Prozent und ist damit gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Prozentpunkte gestiegen. [...] Die Weiterentwicklung der Rente nach 2030 soll in einem partei- und fraktionsübergreifenden gesellschaftlichen Konsens unter Einbeziehung der Tarifpartner geregelt werden. Zu diesem Zweck setzen wir eine Rentenkommission ein, die bis Ende 2019 Vorschläge erarbeiten soll. Die gesetzliche Rente soll zentraler Pfeiler der Altersvorsorge bleiben. [...]

SPD [...] Wir werden das Absinken des Rentenniveaus stoppen und mindestens auf dem heutigen Niveau stabilisieren. So bleibt die gesetzliche Rente das Fundament für die Sicherung des Lebensstandards. Der Beitrag wird nicht über 22 Prozent steigen. Eine dauerhafte Stabilisierung des Rentenniveaus ist nur durch eine große Kraftanstrengung erreichbar. Wir werden einen neuen Generationenvertrag und ein Reformprogramm auf den Weg bringen, das Gesellschaft, Wirtschaft und Arbeitsmarkt für eine Stärkung der Rente mobilisiert.

Bündnis 90/Die Grünen Das Rentenniveau sollte nicht weiter sinken. Mit einer grünen Bürgerversicherung in der Rente ließe sich eine starke positive Wirkung auf Rentenniveau und Beitragssatz erreichen. Sehr positive Effekte hätte es auch, wenn Frauen sich im Berufsleben genauso verwirklichen könnten wie Männer – auch auf die Absicherung von Frauen.

DIE LINKE. Ja. DIE LINKE macht sich stark für die Wiederanhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent mit dem Ziel, den Lebensstandard wieder mit der gesetzlichen Rente halten zu können. Um das zu erreichen, will DIE LINKE die Kürzungsfaktoren aus der Rentenanpassungsformel (Riesterfaktor und Nachhaltigkeitsfaktor) streichen [...], die Förderung privater Altersvorsorge (Riester) auslaufen lassen und die frei werdenden Mittel in die gesetzliche Rentenversicherung umleiten.

Freie Demokraten [...] Politische Eingriffe in die langfristige Rentenformel lehnen wir ab. Dazu gehört auch eine sogenannte Rentengarantie. [...] Wir Freie Demokraten wollen die Altersvorsorge nach dem Baukastenprinzip organisieren. Denn das Praktische an Bausteinen ist, dass man sie immer wieder neu und vielseitig kombinieren kann. So kann sich jeder flexibel die Altersvorsorge zusammenstellen, die zu seinem Lebensweg passt. [...] Es ist unumgänglich, das Rentenniveau in der gesetzlichen Rente daran anzupassen, dass die Menschen in Deutschland immer älter und zugleich weniger werden [...].

Inklusion auf dem Arbeitsmarkt

Für Menschen mit Behinderung fordert der SoVD eine bessere Teilhabe am Arbeitsleben. Er fragte: „Sehen Sie die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen wie der SoVD als ein großes Problem an und welche konkreten Initiativen beabsichtigen Sie zugunsten dieser Gruppe, die oft auch langzeitarbeitslos und in höherem Lebensalter ist?“

CDU/CSU CDU und CSU haben sich dafür eingesetzt, dass neue Jobchancen in Betrieben entstehen, [...] für bessere Leistungen in den Werkstätten, bei der Weiterbildung und im Studium gesorgt. Damit mehr Menschen mit Behinderungen aus der Werkstatt auf den ersten Arbeitsmarkt wechseln können, wurde das „Budget für Arbeit“ eingeführt [...]. Für Inklusionsbetriebe wurde ein 150-Millionen-Euro-Förderprogramm auf den Weg gebracht. [...] [Zurzeit müssen] Ausbilder eine rehabilitationspädagogische Zusatzqualifikation [...] vorweisen. Berichte aus der Praxis zeigen, dass diese Vorgabe [320 Stunden] Ausbildungsverhältnisse im ersten Arbeitsmarkt verhindert.

muss es sein, den Ausbildungsweg zu entbürokratisieren. [...]

SPD Wir streben einen inklusiven Arbeitsmarkt an, der allen Menschen eine Beschäftigung entsprechend ihren Fähigkeiten ermöglicht und ihnen die dafür notwendige Unterstützung bietet. Alle Menschen sollen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt faire Perspektiven haben. Lohndiskriminierung [...] wollen wir vermeiden. Der Übergang von der Schule zur Ausbildung und zum Beruf soll ebenso verbessert werden wie der Weg von Werkstätten hin zum allgemeinen Arbeitsmarkt. Zum 1. Januar 2018 wird das Budget für Arbeit bundesweit als Regelleistung zur Teilhabe am Arbeitsleben eingeführt.

DIE LINKE. Ja. DIE LINKE unterstützt die Forderung nach Verbesserung der Teilhabe am Arbeitsleben [...] und fordert: Rahmenbedingungen für einen inklusiven Arbeitsmarkt – so wenig Sonderarbeitswelten wie möglich; langfristige und bedarfsgerechte Förderprogramme [...]; Erhöhung der Beschäftigungsquote auf sechs Prozent sowie die Anhebung der Ausgleichsabgabe; die Änderung der Arbeitsstättenverordnung [...]; Recht auf reguläre Arbeitsverhältnisse und eine tarifliche Entlohnung für Beschäftigte in den Werkstätten [...]. Übergangswege in reguläre Beschäftigung [...] sind zu erweitern [...] und aus Bundesmitteln langfristig zu sichern. [...]

Bündnis 90/Die Grünen Wir teilen Ihre Einschätzung. Um das Problem zu lösen, wollen wir die Ausgleichsabgabe für Betriebe erhöhen, die deutlich zu wenige schwerbehinderte Menschen beschäftigen, und die Förderung für Arbeitgeber, die schwerbehinderte Menschen beschäftigen, vereinfachen und übersichtlicher gestalten.

Freie Demokraten Wir Freie Demokraten fordern die konsequente Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland und deren ausdrückliche Erwähnung im Bundesteilhabegesetz. [...] Zentral ist [...] die Wahlfreiheit für die individuelle Gestaltung des eigenen Lebens verbunden mit größtmöglicher Selbstorganisation. Dazu gehört, dass Menschen mit Behinderung die Chance bekommen, möglichst im ersten Arbeitsmarkt zu arbeiten. Je mehr wir Wachstum haben und Arbeitsplätze schaffen, desto besser sind auch die Chancen für Menschen mit Behinderungen. [...] Die Mittel der Ausgleichsabgabe sollten zügig und zielgerichtet eingesetzt werden [...].

